

**Verabschiedung des Kreishaushaltes 2009 am 09.03.2009
Stellungnahme der FWG-Kreistagsfraktion
Hans Hümmer, Fraktionsvorsitzender**

Es gilt das gesprochene Wort !!!!!!!!!!!

Wir halten die Verabschiedung des Kreishaushaltes 2009 für einen historischen Vorgang und zwar nicht wegen der Einführung des kaufmännischen Rechnungswesen auch Doppik genannt.

Vielmehr ist es für uns die Verabschiedung aus dem Zeitalter der niedrigen Kreisumlagensätze. Die beginnende neue Zeitrechnung wird uns deutlich höhere Kreisumlagensätze und damit deutlich höhere Belastungen für die Gemeinden und somit auch für die Bürger bescheren.

Auf in den Medien publizierte Bestrebungen von Gemeinden wie Immenreuth aus dem Landkreis Tirschenreuth unserem Landkreis u.a. wegen seiner niedrigen Kreisumlage beitreten zu wollen, können und sollten wir die Botschaft aussenden: „Es rentiert sich nicht mehr, da auch unsere Umlage in Zukunft kräftig steigen wird“

Ein gewichtiger Grund, ich betone aber auch nicht der einzige, für die von uns in Zukunft prognostizierte deutliche Steigerung der Kreisumlage ist sicherlich die Einführung der doppelten Buchführung.

Grundlage dieser neuen Haushaltsführung, die in diesem Gremium mehrheitlich beschlossen wurde, ist, dass der Recourcenverbrauch, der Werteverzehr, die Abschreibungen und die Pensionsrückstellungen vereinnahmt werden, um nicht auf Kosten späterer Generationen zu wirtschaften.

Unsere Kreistagsfraktion hat sich zu großen Teilen gegen die Einführung dieser Haushaltsform ausgesprochen:

- **weil erhebliche zusätzliche Belastungen für die Gemeindehaushalte das Ergebnis sind, es führt eben nur zum Durchreichen innerhalb des kommunalen Bereiches und bedeutet für die Untersten im Boot, dass diese dann auf die Bürger umlegen müssen.**
- **weil es aufgrund der Festlegungen der Innenministerkonferenz und des bayerischen Sonderweges bisher nur Empfehlung und nicht verbindlich ist**
- **weil dadurch das Konnexitätsprinzip elegant ausgehebelt wird und somit wir auf den Umstellungs- und laufenden Kosten von mehreren 100.000 ten sitzen bleiben**
- **weil sich die Frage stellt, wieso führen Bund und Länder diese Haushaltsform nicht ein, müssen diese wohl nicht generationengerecht wirtschaften und Ressourcenverbrauch, Werteverzehr, Abschreibungen oder Pensionsrückstellungen erwirtschaften?**

Diese Problembereiche und Fragen hätten erst einer Lösung bedurft oder beantwortet werden müssen, um unserer Meinung nach eine

solch weitreichende Entscheidung zu treffen. Viel wichtiger wäre es gewesen eine seit Jahren geforderte Finanzreform ins Leben zu rufen, die ihren Namen auch verdient.

Die Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 11,7 % auf 15 % wäre ein richtiger Schritt gewesen oder die Erhöhung des kommunalen Kraftfahrzeugsteueranteils auf mindestens 65 % was bei unserer größten Investitionsposition Straßenbau mit 5.916.000,-- € zu einer deutlichen Verringerung des Nettoaufwandes geführt hätte.

Zu den Fakten dieses Haushaltswerkes:

Aufgrund gestiegener Steuer- und Umlagekraft wird in 2009 eine Kreisumlage in Höhe von 27.493.000,-- € oder eine satte Steigerung von mehr als 4.000.000,-- € gegenüber dem Vorjahr eingehoben. Für 2008 waren das für jeden Bürger noch 216,-- €, in 2009 werden es 255,- € sein, was eine Steigerung von über 18 % innerhalb eines Jahres bedeutet.

Dieses Allzeithoch an vereinnahmter Kreisumlage führt jedoch in 2009 in unserer neuen Haushaltsdarstellung gerade noch zu einem ausgeglichenen Ergebnis bzw. zu einem Mehrergebnis in Höhe von 237.900,-- €.

Festzustellen ist, dass in Zukunft zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes eine Kreisumlage in vergleichbarer Höhe immer

von Nöten sein wird. Dies wurde uns auch in der letzten Kreisausschusssitzung bestätigt.

Hier bestätigt sich meines Erachtens unsere eingangs aufgestellte Prognose eindeutig. Diese Kreisumlagenhöhe führt bei einem durchschnittlichen Haushaltsjahr mit einer Umlagekraftzahl wie 2007 bereits zu einem Umlagesatz von über 45 %. Sollten infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise die Sozialhilfekosten beim Bezirk und somit die Bezirksumlage wieder steigen, dürfte diese Hebesatzschätzung von 45 % noch überschritten werden.

Wie wird sich das auf die Leistungsfähigkeit unserer Gemeinden, besonders der schwachen auswirken? Werden noch alle überlebensfähig sein ?

Wir denken es wird schwierig!

Unbestritten ist aber auch, dass diese Entwicklung nicht ausschließlich in der Einführung der Doppik begründet ist, sondern auch Ausfluss anderer Haushaltsüberlegungen oder Notwendigkeiten ist.

Alleine die Personalkosten nehmen brutto um über 1.000.000,-- € oder ca. 10 % zu, wobei die durchschnittliche tarifliche Erhöhung nur ca. 3 % beträgt. Durch veränderte Aufgabenstellungen und Wiederbesetzung von Stellen sind Personalmehrungen sicherlich notwendig gewesen, diese Größenordnung halten wir aber schon hinterfragungswürdig.

Weiter war es viele Jahre gängige Praxis, vielleicht auch nicht ganz richtig, die Deckenbaumaßnahmen Straßennetz und die Aufwendungen für Denkmalsanierungen im Vermögenshaushalt anzusetzen, was in Zukunft zu einer weiteren ständigen Belastung des Ergebnishaushaltes in Höhe von 600.000,-- € führt.

Diese beiden Positionen bedeuten alleine schon eine nicht mehr rückführbare alljährliche Mehrung von ca. 2,15 %-Punkten an Kreisumlage.

Weitere deutliche Steigerungen im Ergebnishaushalt sind auch im Bereich des Jugendamtes zu verzeichnen. Der Nettoaufwand erhöht sich um 507.750,-- € oder ca. 12 % auf 4.950.400,-- €, womit nun die 5 Millionengrenze erreicht ist. Wie lange das der kommunale Sektor wohl noch schultern kann?

Die Ausgaben beim Regionalmanagement Stadt und Landkreis Bayreuth erhöhen sich trotz Projektförderung um satte 66.000,-- € oder 132 % auf 116.000,-- €. Für dieses Geld hätten wir gleich unsere Regionalmanager selbst anstellen und ordentlich bezahlen können und so denken wir ein effektiveres Regionalmanagement, in unserer ausschließlichen Entscheidungsbefugnis, für unseren Landkreis auf die Beine stellen können, ohne dass erst wieder ein politisches Entscheidungsgremium hätte geschaffen werden müssen. Sie kennen unsere ablehnende Haltung gegen die Schaffung eines solchen weiteren Entscheidungsgremiums hinreichend. Wir denken, dass nicht immer

neuere Gremien mehr bewerkstelligen sondern die stärkere Koordination der vorhandenen.

Im übrigen betrachten wir manche Entwicklungen als Einbahnstraße pro Bayreuth und vermissen partnerschaftliches Miteinander. Die geplante Einführung von Parkgebühren auf den Parkplätzen des Klinikums und der Hohen Warte halten wir für unverschämt und sehen den großen Teil dieser Gebühren wieder auf den Schultern unserer Landkreisbürger lasten, denn der Bürger aus der Stadt fährt überwiegend mit dem Stadtbus an. Neben dem Mehraufwand bei der An- und Abfahrt wird man nochmals zusätzlich belastet. Trotz Millionen-Rücklagen und seit langem gebauter Parkbereiche ist dies nicht nachzuvollziehen. Wir Freie Wähler sind vehement dagegen, auch unsere Mitglieder in den dafür zuständigen Entscheidungsgremien haben so votiert.

Auch im Bereich der unter kommunaler Obhut stehenden Sparkasse können wir im Landkreis die Flächendeckung beim Dienstleistungsangebot nicht erkennen. Hier sind einfache Entfernungen über 10 km zumutbar, während in der Stadt Bayreuth das Geschäftsstellennetz noch ausgebaut wird. Hier gilt, scheint so, die 500 Meter-Linie.

Der Finanzhaushalt spiegelt im großen und ganzen den früheren Vermögenshaushalt wider. Die Schwerpunkte sind im Bildungsbereich und im Ausbau unseres Kreisstraßennetzes. Für die

Erweiterungsbauten an den Berufsschulen Bayreuth und Pegnitz sind 3.500.000,-- € und für das Straßennetz 5.916.000,-- € vorgesehen.

Wir halten die aufgezeigten Maßnahmen für notwendig. Bei den Schulbauten bitten wir aber schon darauf zu achten, dass demographische Entwicklungen mit berücksichtigt werden und nicht in naher Zukunft zu einem Raumüberangebot führen.

Bei der Realschule Pegnitz soll nach uns vorliegenden unbestätigten Informationen bereits ein Raumüberangebot existieren, was wir bei den damaligen Erweiterungsüberlegungen auch kritisch hinterfragt haben.

Erweiterungsüberlegungen werden aber sicher auch in Zukunft bei der Gesamtschule Hollfeld anzustellen sein. Das dortige Raumdargebot ist nach unseren Erkenntnissen ebenfalls völlig unzureichend und war für 600 Schüler ausgelegt. Die Schule wird aber von 1.200 Schülern besucht. Hier denken wir ist ebenfalls schneller Handlungsbedarf angezeigt.

Ohne Wenn und Aber stehen wir hinter dem Beitritt zum Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) ab 2010. Wir halten dies für eine große Chance zur Stärkung des Fremdenverkehrs. Die Entwicklung eines auf den VGN abgestimmten Nahverkehrskonzept ist wichtig. Die Weiterführung der Bahnlinie Weidenberg-Warmensteinach halten wir für das Fichtelgebirge für ein überlebensnotwendiges Projekt und sollte jetzt verstärkt angegangen

werden. Wir fordern analog der Linie Bayreuth-Weidenberg eine 100 % Förderung und vor allem die Bestellung der Strecke durch den Freistaat. Wir bitten dies intensiv, vor allem jetzt, anzugehen. Unsere Freie Wähler Landtagsabgeordneten haben dies ebenfalls im Bayerischen Landtag beantragt. Wir hoffen, dass alle in diesem Gremium vertretenen Parteien und Gruppierungen ihre Abgeordneten ebenfalls einschalten.

Zeitgleich sollte aber auch die Möglichkeit der Förderung über das Zukunftsinvestitionsgesetz geprüft werden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch unser Unverständnis über die Aufteilung der Mittel durch den Freistaat beim Konjunkturpaket II zum Ausdruck bringen.

Die Mittelaufteilung nach dem Schlüssel 75 % Einwohner und 25 % Finanzkraft führt eben wieder zu einem 450 Millionen Anteil für Oberbayern und nur zu 125 Millionen für Oberfranken. Deshalb ist die allseits eingeforderte Stärkung und Förderung ländlicher, strukturschwacher Regionen meist nur Lippenbekenntnis.

Ob die Worte aus dem Matthäus-Evangelium Kapitel 25 Vers 29 wohl Grundlage hierfür sind?: “Denn wer hat dem wird gegeben und er wird im Überfluss haben, wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen was er hat“.

Die vorgesehene verstärkte Investitionstätigkeit des Landkreises in Zeiten eines solch schwierigen Wirtschaftsumfeldes halten wir für antizyklisch und richtig. Es setzt Impulse für den regionalen Arbeitsmarkt und hilft die Krise mit zu überwinden.

Der Preis hierfür ist aber ein deutlicher Anstieg der Schulden auf 29,3 Mio. €. Wir halten dies auch aufgrund des noch niedrigen Zinsniveaus und einer zu erwartenden steigenden Inflationsrate für tragbar. Bei Einrechnung der Verbindlichkeiten bei den Zweckverbänden in Höhe von ca. 6 Millionen € in die Schuldenstatistik liegen wir allerdings deutlich über dem Landesdurchschnitt. Aber, wie pflegte schon Rockefeller zu sagen: „Das Defizit ist wie eine Rolltreppe. Die Staatsschulden bewegen sich automatisch nach oben“

Der vorgelegte Haushalt kann von uns, vor allem nach einer intensiven fachkompetenten Unterweisung durch Herrn Hager nachvollzogen werden. Hier sagen wir ganz herzlichen Dank !

In Erwartung eines zukünftig sicherlich schwierigeren Umfeldes bitten wir trotzdem zu prüfen, ob für eine Senkung der Kreisumlage nicht noch Luft ist.

Nach dem Motto was bisher richtig war kann auch in Zukunft als richtig betrachtet werden oder anders was bisher als falsch geduldet war kann auch weiter falsch bleiben, sehen wir keine Probleme die bisherigen 600.000,- € für Straßendeckenbau- und

Denkmalerhaltungsmaßnahmen aus dem Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt zu überführen.

Gepaart mit Steigerungen der Personalausgaben von nur ca. 8,55 % anstelle von 9,55% (Einsparung 100.000,--€), was immer noch eine stattliche Steigerung ist, kann die Kreisumlage um einen Prozentpunkt abgesenkt werden. Die Kreditermächtigungen müssten dann noch um 500.000,-- € erhöht werden. Dies möchten wir als Änderungsantrag einbringen.

Sollte dieser keine Mehrheit finden stimmen wir im Anschluss dem vorgelegten Zahlenwerk zu.

Soweit die Stellungnahme meiner Fraktion zum Haushalt 2009. In der gebotenen Kürze haben wir nur einige Haushaltüberlegungen und Ansätze kommentiert. Das vorgelegte Werk ist von Ihnen Herr Landrat und Ihnen Herr Kämmerer Hager mit Ihrer Verwaltung in mehreren Sitzungen und Besprechungen umfassend erläutert worden. Hierfür gilt der ganz herzliche Dank meiner Fraktion.